

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/5551 –**

Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden – Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland

A. Problem

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion haben bisherige Friedensinitiativen seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine die Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands nicht hinreichend berücksichtigt. Zur Beendigung der russischen Aggression wäre, so der Antragstext weiter, ein erster Schritt, die politische, militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine an die Verhandlungsbereitschaft Kiews zu ernsthaften Friedensgesprächen zu knüpfen und auch gegenüber Russland Gesprächsbereitschaft einzufordern. Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf: 1. sich für die Entsendung einer internationalen Friedensdelegation unter Leitung eines Repräsentanten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach Kiew und Moskau einzusetzen und mit beiden Seiten einen sofortigen Waffenstillstand zu vereinbaren; 2. die beiden Kriegsparteien zu umfassenden und weitreichenden Waffenstillstandsverhandlungen zu bewegen und folgende Vorschläge an die Kriegsparteien heranzutragen, die Teil eines Friedensabkommens werden könnten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5551 abzulehnen.

Berlin, den 1. März 2023

Der Auswärtige Ausschuss

Michael Roth
Vorsitzender

Dietmar Nietan
Berichtersteller

Knut Abraham
Berichtersteller

Robin Wagener
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Dr. Alexander Gauland
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Dietmar Nietan, Knut Abraham, Robin Wagener, Ulrich Lechte, Dr. Alexander Gauland und Sevim Dağdelen

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/5551** in seiner 85. Sitzung am 9. Februar 2023 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion haben bisherige Friedensinitiativen seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine die Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands nicht hinreichend berücksichtigt. Zur Beendigung der russischen Aggression wäre, so der Antragstext weiter, ein erster Schritt, die politische, militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine an die Verhandlungsbereitschaft Kiews zu ernsthaften Friedensgesprächen zu knüpfen und auch gegenüber Russland Gesprächsbereitschaft einzufordern. Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung mit Blick auf den russischen Angriffskriegs auf: 1. sich für die Entsendung einer internationalen Friedensdelegation unter Leitung eines Repräsentanten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach Kiew und Moskau einzusetzen und mit beiden Seiten einen sofortigen Waffenstillstand zu vereinbaren; 2. die beiden Kriegsparteien zu umfassenden und weitreichenden Waffenstillstandsverhandlungen zu bewegen und folgende Vorschläge an die Kriegsparteien heranzutragen, die Teil eines Friedensabkommens werden könnten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5551 in seiner 33. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/5551 in seiner 31. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5551 in seiner 33. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 1. März 2023

Dietmar Nietan
Berichtersteller

Knut Abraham
Berichtersteller

Robin Wagener
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Dr. Alexander Gauland
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

